

**Der Konsensbeschu zum Flughafen ausbau in Berlin**

## Konsensbeschu

Die Gesellschafter der BBF beschließen einstimmig folgendes Konzept für das Unternehmen BBF und den Ausbau der Flughafenkapazitäten für die Region Berlin/Brandenburg:

1. Unternehmenskonzept. Die Gesellschafter geben ein schlüssiges Unternehmenskonzept vor; das die Geschäftsführung in Zusammenarbeit mit den Gremien des Unternehmens umsetzt. Das Konzept betrifft u.a.
  - o Finanzen, Sanierung und Optimierung der Struktur
  - o Organisation, Personal, Führung, Verhältnis BBF zu den Tochtergesellschaften BFG und FBS
  - o Standortkonzept, mittel- und langfristige Konzeption einschließlich Baufeld-Ost
  - o Rahmenbedingungen der Privatisierung, Form und Ablauf
2. Privatisierung. Von den Gesellschaftern der BBF wird die Privatisierung der BBF vorbereitet. Hierzu ist das Konzept für die Privatisierung zu entwickeln. Das betrifft insbesondere
  - o Voraussetzungen und Optionen der Privatisierung
  - o Zeitplan und Ablauf der Privatisierung
3. Qualifizierte Ertüchtigung von Schönefeld als Single-Standort unter Beteiligung privater Investoren. Angepaßt an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, unter Berücksichtigung der Haushaltslage der Gesellschafter und nach Prüfung aller für und gegen die Standorte Schönefeld und Sperenberg sprechenden Argumenten entschieden sich die Gesellschafter für die Entwicklung des Standortes Schönefeld als Single-Standort unter Nutzung der vorhandenen Flughafeneinrichtung (Integrations-Konzept) und geben der BBF damit die Basis einer wirtschaftlichen Entwicklung.

Hierzu soll eine weitere parallel zu betreibende Start- und Landebahn vorgesehen werden. Bereits für die erste Investitionsphase ist die Beteiligung privater Investoren vorgesehen. Die hierzu erforderlichen Schritte werden im Rahmen der festgelegten Unternehmens- und Privatisierungskonzeption von den Gesellschaftern eingeleitet.

Die Gesellschafter sind sich bewußt, daß die Realisierbarkeit des Standortes Schönefeld in einem Planfeststellungsverfahren rechtssicher festgestellt werden muß. Die Gesellschafter verpflichten sich, bis zur Herstellung der Baureife für den Single-Flughafen Schönefeld die Flächen in Sperenberg vorsorglich freizuhalten.

ber die weitere Entwicklung in Sperenberg nach Abschluß des Planfeststellungsverfahrens bleiben der Bund und das Land Brandenburg im Gespräch.

4. Rechtssichere Gestaltung. Die rechtlichen Grundlagen für die qualifizierte Ertüchtigung des Single-Standortes Schönefeld werden nach der Prüfung in einem umfassenden Planfeststellungsverfahren rechtssicher geschaffen:
  - o Beschleunigungsgesetz. Hierzu wird das bis zum 31.12.1999 geltende Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz genutzt.
  - o Planfeststellung. Die Planfeststellung und die luftrechtliche Genehmigung für den Flughafen Schönefeld erfolgt durch das Land Brandenburg. Dabei wird das Land Berlin beteiligt, beide Länder werden hierzu eine Vereinbarung treffen.
5. Schließung innerstädtischer Flughäfen. Keiner der gegenwärtigen und kftigen Gesellschafter der BBF beabsichtigt, einen der vorhandenen Standorte Tempelhof und Tegel als Flughafen weiter zu betreiben. Dieses wird eine der Vorgaben bei der Privatisierung sein. Die Gesellschafter gehen davon aus, daß die bestehenden innerstädtischen Verkehrs-Flughäfen wie folgt geschlossen werden:
  - o Schließung von Tempelhof. Nach Vorliegen der gerichtlich überprüften und rechtskräftigen Planfeststellung für den Single-Standort Schönefeld wird der Verkehrsflughafen Tempelhof geschlossen.
  - o Schließung von Tegel. Der Verkehrsflughafen Tegel wird spätestens mit Inbetriebnahme der neuen Start- und Landebahn am Standort Schönefeld geschlossen.
6. Verkehrsanbindung. Der Bund wird gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG die angemessene Anbindung des Standortes Schönefeld an das regionale und überregionale Bahnnetz (Flughafenexpress, S-Bahn, IR, IC, ICE) sowie an die Bundesautobahnen sicherstellen. Berlin und Brandenburg werden die Straßen anbindung (Berlin auch innerstädtisch) zügig und bedarfsgerecht ausbauen. Berlin mit Unterstützung des Bundes beabsichtigt die Verlängerung der U-Bahn-Linie 7 zum Terminalbereich in Schönefeld.
7. Privatisierungs-Management. Für die vorgesehene Privatisierung wird von den Gesellschaftern eine Privatisierungs-

Lenkungsgruppe eingerichtet. Die Gesellschafter der BBF schaffen somit die Voraussetzungen für die Privatisierung der BBF und die Realisierung des Single-Standortes Schönefeld. Die Federführung für diese Phase liegt bei dem hierfür zu schaffenden Lenkungsausschuß.

8. Vorbereitende Planungskapazitäten. Zeitgleich zu den Privatisierungsmaßnahmen wird ohne Präjudizierung mit den vorbereitenden Planungsarbeiten begonnen. Alle standortspezifischen Voraussetzungen werden mit dem Ziel der Standortoptimierung planerisch bearbeitet. Hierzu werden die erforderlichen Planungskapazitäten organisatorisch effizient und unter Einbindung des Know-Hows externer privater Unternehmen sowie der BBF geschaffen. Diese stehen nach Abschluß der Privatisierung den neuen privaten Gesellschaftern für die Erarbeitung der Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren zur Verfügung. Dadurch werden alle zeitgleichen Möglichkeiten der Beschleunigung genutzt.
9. Ergänzung des Konsortialvertrages. Über die Realisierung des Unternehmens- und Privatisierungskonzeptes wird der Konsortialvertrag von 1991 ergänzt.

Ministerpräsident  
des Landes Brandenburg

Regierender Bürgermeister  
des Landes Berlin

Bundesminister  
für Verkehr

Manfred Stolpe

Eberhard Diepgen

Matthias Wissmann

Berlin, 28.05.1996

[Zurück zum Seitenanfang](#)

[HOME](#)

---

©BBB  
<http://www.buergerbewegung.de/konsens.htm>  
E-Mail: [bbb@buergerbewegung.de](mailto:bbb@buergerbewegung.de)  
Letzte Änderung: 30.05.1999